

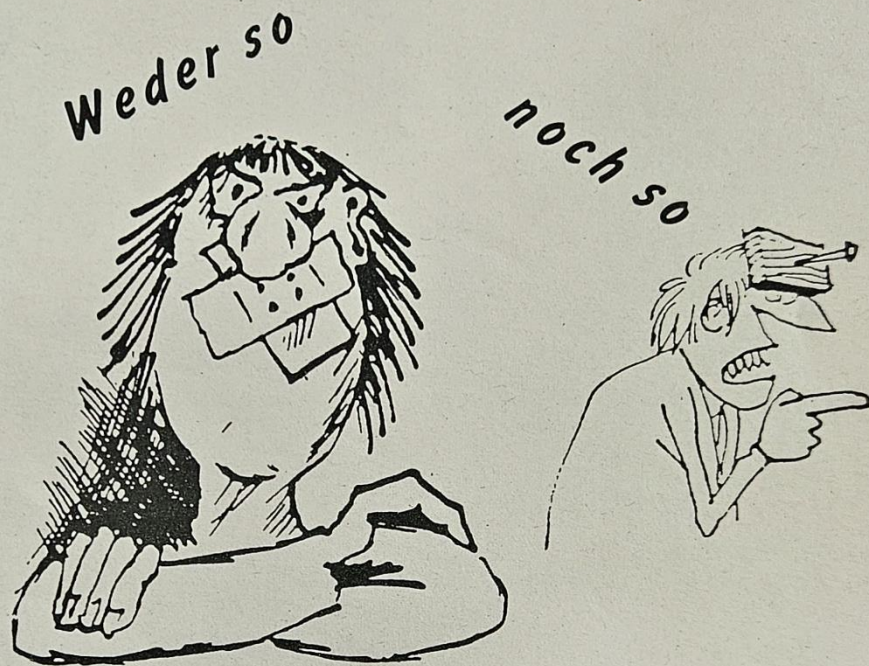
K 9995 E

Juli/August 1990

18. Jahrg Nr. 7/8

moment mal

Zeitung der Westf.-Lipp. Landjugend e.V.



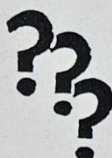
Landjugend gegen

*Fremdenfeindlichkeit
und Rassismus!*

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

WESTFÄLISCH-LIPPISCHE
LANDJUGEND e.V.

Anschläge auf Wohnunterkünfte ausländischer MitbürgerInnen, Beschimpfungen, körperliche Gewaltanwendungen, aber auch Diffamierungen in Witzen, sind Ausdruck einer stetig wachsenden Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommen die politischen Diskussionen um das Asylrecht sowie die Auseinandersetzungen um das Ausländerwahlrecht. Auch die Neufassung des Ausländerinnengesetzes bedeutet eine vertane Chance, die Stellung von AusländerInnen zu verbessern. Diese Situation sehen wir in direktem Zusammenhang mit dem wachsenden Zulauf zu rechtsextremen Gruppierungen, die durch Parolen wie "Scheinasylanten raus!", "Ausländerstopp jetzt!" oder "Deutschland den Deutschen", Feindseligkeit gegenüber allen fremden MitbürgerInnen schüren - Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen, ausländischen ArbeitnehmerInnen, AussiedlerInnen und vielleicht auch bald gegen ÜbersiedlerInnen.



Wer aus seinem Heimatland flieht, hat dafür gute Gründe! Flüchtlinge kommen, weil sie politisch verfolgt werden oder einer z.B. aus religiösen Gründen bedrängten Minderheit angehören und oft auch, weil sie aufgrund dieser Bedrängnis in wirtschaftliche Not geraten sind. Sie kommen aus allen Krisengebieten der Erde, aus Hunger- und Katastrophengebieten. Entgegen aller Behauptungen ist die Bundesrepublik Deutschland nicht das Flüchtlingsland. Lediglich knapp 1 % der weltweiten Flüchtlingsbewegungen sucht hierzulande Asyl.

An der Verschärfung der Lebensbedingungen in der sog. III. Welt sind die Industrienationen in hohem Maße beteiligt. Darum dürfen wir, die in einer Region mit einem hohen Lebensstandard wohnen, uns der Verantwortung gegenüber Flüchtlingen nicht entziehen!

Wer als Ausländische Arbeitskraft in den 60er Jahren von Industrie und Politik gerufen wurde, hat zum bundesdeutschen Wirtschaftswachstum beigetragen. Menschen sind keine verfügbare Ware! Deshalb ist es unredlich, AusländerInnen, die hier seit Jahren leben, die ihre Familien legal nachgeholt haben und deren Kinder hier aufgewachsen sind, einfach zurückzuschicken.



Vangelis Pavlidis/Griechenland

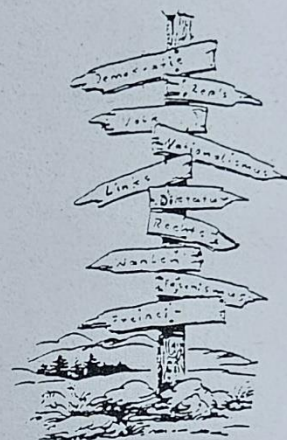


Die Verwirklichung der aufs Schärfste zu verurteilenden Formel "Ausländer raus" würde große Probleme und Verluste für Sozialsystem und Wirtschaftsleben bringen.

Wir sind der Meinung, daß eine kommunale Mitbestimmung von AusländerInnen nicht der vielfach heraufbeschworene Ausverkauf deutscher Interessen ist. Es muß langjährigen MitbürgerInnen möglich sein, an der Gestaltung ihrer/unserer Lebensbedingungen teilzunehmen.

Wer als Aussiedler/Aussiedlerin in die Bundesrepublik Deutschland kommt, hat oft den Wunsch, als "Deutsche/r unter Deutschen" zu leben. Häufig sind damit sehr unklare oder einseitige Vorstellungen vom hiesigen Leben verbunden. AussiedlerInnen lassen sich z.B. unter Tarif einstellen oder geben ihr Geld für Statussymbole aus, die in ihren Augen zum "Deutschsein" dazu gehören.

In der Vergangenheit wurden von westdeutscher Seite immer wieder Forderungen nach verbesserten Ausreisemöglichkeiten für Aussiedler gestellt. Heute, wo viele osteuropäische Länder die Aussiedlung deutschstämmiger BürgerInnen erleichtern, halten wir es für notwendig, den Ausländern auch die Möglichkeit für eine gesellschaftliche Integration zu geben. Vorrangiges Ziel jedoch muß es sein, die Lebensumstände in allen Ländern zu verbessern, aus denen Menschen fliehen, und positive politische sowie wirtschaftliche Entwicklungen zu unterstützen und somit die Notwendigkeit einer Ausreise überflüssig zu machen.



Heute sind Wohnungsnot und Arbeitsplatzmangel die Hauptargumente ausländerfeindlicher Gruppierungen, die mit ihren Parolen die Bevölkerung verunsichern und Ängste gegenüber Fremden aufbauen. Ursachen für die Wohnungsnot sind jedoch vor allem die geringen Investitionen im Wohnungsbau, die Tendenz zu Einpersonenhaushalten sowie das (seit 20 Jahren absehbare !) Drängen geburtenstarker Jahrgänge auf den Wohnungsmarkt. Für den Arbeitsplatzmangel sind Rationalisierungsmaßnahmen, Verlegung der Produktionsstätten ins Ausland bzw. die unzureichende Ausbildungssituation viel eher verantwortlich, als die herbeigeredete "Ausländerflut".

Auch das Argument, die Vielzahl der Fremden sei finanziell nicht

tragbar, erscheint angesichts von hohem Wirtschaftswachstum und materiellem Wohlstand sehr fragwürdig.

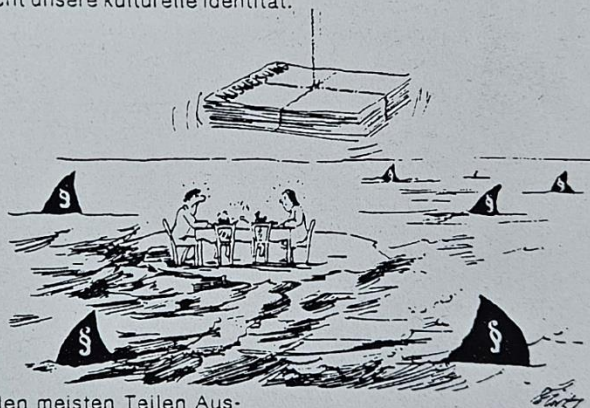


Ausländische ArbeitnehmerInnen, Flüchtlinge und AussiedlerInnen werden von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen als Sündenböcke mißbraucht.

Statt Fremde für soziale Probleme in der Bundesrepublik verantwortlich zu machen, sollten wir vielmehr die tatsächlich Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft suchen und Versäumnisse anordnern.



Weiterhin wird von nationalistischen Kräften häufig die Angst vor Überfremdung geäußert. Die Geschichte zeigt aber, daß es immer kulturelle Einflüsse anderer Länder gab, die hier aufgegriffen und zum Teil verändert worden sind. So gesehen war Kultur immer einem Prozeß der Veränderung unterworfen und wird es auch weiterhin sein. In der Bundesrepublik leben seit langem Menschen verschiedener Kulturen und Traditionen, die unsere Lebensgewohnheiten beeinflußt haben. Darüber hinaus kann man von einer einheitlichen "deutschen Kultur" überhaupt nicht sprechen, da der Begriff "Kultur" gerade das Miteinander vielfältiger Lebensweisen umfaßt. (Nicht umsonst sprechen wir von Subkultur, Arbeiterkultur usw.). Von daher können ausländische Einflüsse unser tägliches Leben bereichern und nehmen uns nicht unsere kulturelle Identität.



Das neue Ausländergesetz schreibt in den meisten Teilen AusländerInnen als Menschen 2. Klasse fest bzw. verschlechtert ihre Situation sogar.

So wird z.B. dem größten Teil der Menschen, die hier leben wollen, ein gesichertes Aufenthaltsrecht verweigert, Abschiebung wird nicht mehr rechtlich kontrollierbar sein, der Aufenthalt von Kindern und EhegattInnen wird von der zwangsweisen Erhaltung der häuslichen Gemeinschaft abhängig gemacht und ein nie dagewesenes Netz zur Datenerfassung für Nicht-Deutsche setzt sie der totalen Überwachung aus.

Das Gesetz verpflichtet alle Menschen, die in öffentlichen Stellen arbeiten, zur Bespitzelung von Nicht-Deutschen, da sie Informationen über AusländerInnen an das Ausländeramt weiterleiten müssen.

Deshalb lehnen wir das neue Ausländergesetz ab und fordern Bestimmungen, die die Menschenwürde nicht verletzen und die Lebensmöglichkeiten verbessern. !

Forderungen:

Wir sehen die wachsende Fremden- und Ausländerfeindlichkeit mit großer Sorge.
Deshalb fordern wir:

- Das Asylrecht darf nicht angetastet werden. Es wurde aufgrund leidvoller Erfahrungen während des Nationalsozialismus festgeschrieben.
- Das Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen muß aufgehoben werden!
- AusländerInnen sollen nach 5 Jahren Aufenthalt das kommunale Wahlrecht erhalten, um ihre Lebensumstände mitgestalten zu können.
- Politische und gesellschaftliche Prozesse in anderen Ländern, die zur Achtung und Wahrung der Menschenwürde beitragen, müssen unterstützt werden.
- Unser Wohlstand darf nicht weiterhin durch Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt ausgebaut werden.
- Es müssen mehr Wohnungen geschaffen werden, z.B. durch Nutzung von leerstehendem Wohnraum, Umbau von ungenutzten Industrieanlagen und einen verantwortlichen Umgang mit Wohnfläche.
- Es müssen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Ausländerfeindliche (Parteien)werbung (z.B. Schrift, Aufkleber, Videospiele) muß verboten werden.
- Die Einrichtung von Bildungs- und Kulturzentren und von Sprachkursen muß gefördert werden, um das Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern!

Da die heutigen Anschauungen und Ziele faschistischer Gruppen auch in geschichtlicher Kontinuität zur Zeit des NS-Regimes stehen, hält die Westfälisch-Lippische Landjugend die Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit der jüngeren Geschichte für notwendig, um Fremdenfeindlichkeit tatsächlich überwinden zu können.

Es ist höchste Zeit, das Wort Volk als «Lebens- und Arbeitsgemeinschaft» von Menschen und nicht als Blut- und Herkunftsgemeinschaft zu begreifen.

WESTFÄLISCH-LIPPISCHE LANDJUGEND e.V.
SCHORLEMERSTR. 13, 4400 MÜNSTER

Mai 1990

